

# Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf

Anzeigen kosten die sechsstellige Zeile resp. deren Raum 50 Pfg.  
Bei 6maliger Aufnahme 20 Prozent Rabatt.  
18 : : : 30 : : :  
26 : : : 40 : : :

Verantwortlich für die Redaktion: Otto Hue-Essen.  
Druck und Verlag von G. Müller-Bochum, Johannisstraße 12.

### Organ zur Förderung der berg- und hüttenmännischen Interessen.

**Abonnementspreis** für Bergleute 40 Pfg. pro Monat  
1,20 Mk. pro Quartal frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 Mk.; pro Quartal 4,50 Mk.  
Einzelne Nummern kosten 1 Mk.  
Poststellungspreisliste Nr. 1752.

#### In unsere Verbandsmitglieder!

Wir berufen hiermit auf Samstag den 1. April nach Halle an der Saale (Vot.) wird noch bekannt gegeben) unsere

#### 10. General-Verammlung

ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Bureaus und der Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes über den Stand des Verbandes.
3. Bericht der Kontrollkommission.
4. Der Stand unserer Presse.
5. Der Ausbau des Verbandes.
  - a) Auszahlung eines Sterbegebets;
  - b) Festsetzung der Agitationsbezirke.
6. Der deutsche Gewerkschaftskongress.
7. Neuwahl des Vorstandes, der Presseleitung und Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Zu jedem Punkte kommen die dazu gehörenden Anträge zur Verhandlung.

Anträge zur Generalversammlung können nur von Mitgliedern gestellt werden und müssen bis spätestens am 1. März an die Verbandsleitung eingeleitet sein, die sie dann in dem Verbandsorgan veröffentlicht. Später wie am 1. März einlaufende Anträge können nicht auf Berücksichtigung rechnen.

Nach Statut haben je 150 Mitglieder das Recht, einen Delegierten zu entsenden; doch können mehrere Wahlbezirke gemeinsam einen Delegierten wählen, der dann soviel Stimmen ansieht, als er Wahlbezirke (ein Wahlbezirk 150 Mitglieder) vertritt. Für jeden vertretenen Bezirk ist ein Mandat anzustellen. Mandatsformulare werden von der Verbandsleitung verschickt. Nur die Verbandsmitglieder haben das Recht zur Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.

Die Kosten der Delegierten haben die Mitglieder selbst zu tragen, insofern, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung die Hauptkasse nur das ausbezahlt, was der betr. Bezirk vom 1. April 1898 bis 1. März 1899 (Kaufschluß) an Delegationsbeiträgen einbrachte. Was also dann an der Summe für den Delegierten zur Verteilung seiner Fahrt und Verpflegung fehlt, hat der betreffende Bezirk besonders auszubringen. Unter keinen Umständen darf die Hauptkasse mehr für Delegierte ausgeben, wie sie an Extramarken für Delegation einnimmt.

Die Wahlkreiserteilung werden wir in der nächsten Nr. d. Bl. veröffentlichen und müssen bis spätestens am 15. März alle Wahlen vollzogen und durch die Vertrauensmänner den Namen der Gewählten mitgeteilt werden, damit wir den Delegierten ihre Druckchriften zu stellen können.

Da wir so früh die Bekanntmachung erlassen, erwarten wir von allen Vertrauensleuten, daß sie rechtzeitig alle Vorarbeiten erledigen werden.

Mit kameradschaftlichem Glück Auf!  
Der Vorstand. G. Müller.

#### Der innere Ausbau unseres Verbandes.

Ueber dieses hochwichtige Thema führte auf dem Delegiertenkongress der Ruhrkameraden, am 1. Januar 1899, Kamerad Schürholt, Verbandssekretär, aus:

Unser Verband, der 1896 kaum noch 5000 Mitglieder hatte, steht jetzt auf 25000 mit den Privatabonnenten, und mit den sächsischen Kameraden können wir auf fast 30000 rechnen. Alle schmerzlichen Angriffe auf die Führer haben nichts genutzt. Die mehrmals konstituierten Geschäftsbücher sind auf das peinlichste geprüft, man hat aber die Ehrlichkeit der in Frage kommenden Kameraden konstatieren müssen. (Bravo!) Daß wir bei der letzten Wahl noch bedeutend größere Erfolge erzielt hätten, wenn nicht mit allen möglichen Mitteln, Unternehmerväre, ist sehr bedauerlich. Gegen uns gearbeitet worden wäre, wie bisher.

Wir müssen nun unter allen Umständen danach streben, in einigen Jahren einen starken Prozentsatz der deutschen Knappen im Verband zu haben und sie auch zu halten! Wie stellen wir das an? Es genügt nicht allein, daß wir eine Zeitung herausgeben und Rechtschutz gewähren, wir müssen andere Einrichtungen schaffen, die uns gestatten, unseren Mitgliedern unter die Arme zu greifen, wenn sie in Noth gerathen. Wir müssen auch in zurückgebliebenen Gegenden Kameraden unterstützen und Leute zur Verfügung haben, die nicht zu zittern brauchen vor den Forderungen der Arbeitgeber. Es werden dadurch auch unsere in Arbeit befindlichen Kameraden besser vor der Mißregelung geschützt.

Alle deutschen Gewerkschaften, die keine Unterstützungseinrichtungen haben, haben sehr zu leiden unter dem großen Wechsel der Mitglieder. So hatte der Metallarbeiterverband in einem Jahre 45000 Anmeldungen und 41000 Abmeldungen zu verzeichnen. Wir hatten im letzten Jahr ca. 15000 Anmeldungen und 7-8000 Abmeldungen. Organisirt waren überhaupt nur 4 pCt. unserer Berufsgenossen gewesen. Der deutsche Buchdruckerverband, der über gute Unterstützungseinrichtungen verfügt, hat fast 70 pCt. der Berufsgenossen als Mitglieder. In England waren vor 50 Jahren die Bergarbeiter die schlechtest gestellten, heute sind sie die bestorganisirten aber auch beinahe die bestbezahlten Arbeiter.

Wenn wir irgend ein Unterstützungswesen schaffen, so würden wir den übergroßen Wechsel in der Mitgliedschaft vermeiden. Die Mitglieder hätten ein höheres Interesse an dem Verband, die Beiträge würden pünktlich bezahlt werden, damit ihre Ansprüche nicht verloren gingen. Das würde schon bewirken, daß die Einnahme des Verbandes höher würden.

Eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pfennig würde nöthig sein, um die Unterstützung bewirken zu können. Es handelt sich darum, eine passende Form zu finden. Ich schlage vor, daß wir eine Unterstützung für in Noth gerathene Kameraden schaffen. Wenn ein Mitglied durch lange Krankheit usw. in bedrängte Lage gekommen ist, dann sollen die Vertrauensleute entscheiden über die Bedürftigkeit und erhält dann der Kamerad eine Unterstützung bis zu 20 Mark. Dies ist mein Vorschlag; der Vorstand hat einen Beschluß nicht gefaßt, weil volle Einmütigkeit in dieser Frage nicht vorhanden war und der Vorstand den Vorschlag nicht machen wollte.

Schaffen wir eine Unterstützungseinrichtung auf die eine oder andere Art und Weise. Arbeiten wir in dieser Weise weiter, so werden wir in wenigen Jahren dahin kommen, daß sich unsere Organisation der besten ebenbürtig an die Seite stellen kann. (Veh. Beifall.)

In der Diskussion sagt der Vertrauensmann Wächter: Dortmund: Daß wir irgend eine Einrichtung haben müssen, um ein Bindemittel zu haben für unsere Mitglieder, ist nicht zu verkennen. Aber mit dem Schürholtschen Vorschlag kann ich mich nicht befremden, es würde damit genau so gehen, wie mit der früheren Unterstützungskasse. Richtiger wir eine Sterbekasse ein, so würden schon die Frauen sorgen, daß die Beiträge pünktlich gezahlt würden. Das allein wäre gegen heute schon ein großer Fortschritt. Auf 100 Mitglieder werden nicht viel mehr als zwei herben und dann würden wir mit 10 Pfg. Beitragsersparnis gut auskommen.

Sue bemerkt: Wenn man jetzt auf den Consum und die frühere Unterstützungskasse zurückkommt, so ist das falsch. Ohne die Darleihung von Geld hätte der Verband mit dem Consum nichts zu thun gehabt. Die Unterstützungskasse lief ebenfalls neben dem Verband her und hatte deshalb keinen Erfolg. Den Sterbekassenvorschlag habe ich im vorigen Jahre ausgearbeitet, nachher habe ich mich jedoch überzeugt, daß die Berechnungen etwas zu günstig waren. Wünschen die Kameraden eine Sterbekasse, so gebe man dem Vorstande einen diesbezüglichen Auftrag; die Summe würde jedenfalls auf 20-30 Mark herabgesetzt werden müssen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet. Schürholts Resolution, die eine Unterstützung zu schaffen fordert, wird angenommen, und der Vorstand beauftragt, der Generalversammlung einen Vorschlag für Sterbegebaltzahlung vorzulegen.

#### Aus dem Staffurter Salzbergbau.

Folgendes sehr beherzigenswerthen Artikel schreibt uns ein Staffurter Kamerad:

Schon verschiedene Male ist von den Kameraden die Frage laut geworden: „Wie agitieren wir am besten für den Verband Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter?“ Jedemal werde ich gewahrt, daß nach der Enttaltung einer lebhaften Agitation sich eine größere Anzahl Kameraden in den Verband anschließen läßt. Aber nach längerer oder kürzerer Zeit, wenn die Agitation wieder etwas nachläßt und unsere Zeitungsboten die Beiträge einfordern wollen, melden sich stets eine Anzahl Mitglieder wieder ab. Werden sie nach dem Grund gefragt, warum sie dem schon wieder austreten wollen, da bekommen die Voten oder Vertrauenspersonen die sonderbarsten Antworten. Dem einen sind die Beiträge zu hoch, dem andern schreibt die Zeitung nicht genug. Der Dritte sagt: „Für mich hat es doch keinen Zweck“, der Vierte meint: „Meine Frau will es nicht haben“, der Fünfte: „Wenn man es auf der Grube erfrägt, daß ich im Verband bin, dann werde ich gemäßigter“ usw. usw.

Nun haben sich schon mehrere Kameraden der Miße unterzogen, überall dort, wo sich nur Gelegenheit bot, mit Kameraden zusammenzukommen, das Gespräch auf unsere Organisation zu lenken und gefragt: „Kamerad, hast Du den oder den Artikel gelesen?“ Oder es wurde nach diesem oder jenem Artikel gefragt. Da hat man mitunter Antworten gekriegt, welche man eigentlich von keinem organisierten Arbeiter erwarten dürfte. Da sind schon Fälle vorgekommen, daß Mitglieder in 4-5 Wochen ihre Verbandszeitung gar nicht gelesen haben, oder sagten: „Das habe ich gerade nicht gelesen, ich hatte dieses oder jenes andere zu thun“. Da habe ich denn erfahren, daß eine Anzahl von Kameraden sich die Miße gar nicht giebt, überhaupt ersichtlich ist mit der Verbandszeitung zu beschäftigen, und gerade diese sind dann stets die ersten, welche dem Verband den Rücken kehren, zumal wenn sie die paar Pfennige Beiträge zahlen sollen.

Schon oft ist es vorgekommen, daß Kameraden zwei bis vier Mal im Verband gewesen, reingegangen, rausgegangen, wieder rein und wieder raus, wiedergekommen und wieder abgegangen, wie der reine Taubenschlag. Da möchte ich mir doch einen Vorstoß erlauben, daß die Generalversammlung, welche dieses Jahr in Halle a. S. stattfindet, die Anzahlung des Sterbegebets an Verbandsmitglieder beschließt, damit endlich etwas positives geschaffen wird, um den Mitgliedern einen Rückhalt zu schaffen.

Es bestehen hier in unserer Stadt Staffurt sechs Bergmannsvereine; jeder dieser Vereine zählt ungefähr 2-300 Mitglieder, und nur um des Sterbegebets wegen gehen die meisten Leute da hinein. Viele haben mir erklärt: „Wenn der Verband Sterbegebalt zahlt, dann scheide ich aus und gehe in den Verband“. Haben wir aber diese Leute erst im Verband, dann werden wir sie schon zu tüchtigen Verbandsmitgliedern erziehen.

Dann aber fehlt den meisten Kameraden das Klassenbewußtsein; sie haben den Werth der Organisation nicht richtig kennen gelernt, deshalb ist es von großer Wichtigkeit und dringend notwendig, daß jeder sein Verbandsorgan durchliest und wer es nicht mit einem Male begriffen hat, der lese es nochmal, aber frage diesen oder jenen über das, was er nicht richtig verstanden. Denn bei vielen Berg- und Hüttenarbeitern thut die Bildung sehr noth. Die Hauptaufgabe des Verbandes Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter ist vor allen Dingen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und einen höheren geistigen Standpunkt der Kameraden zu erzielen.

Nun dürfen wir aber nicht denken, unser Vorstand, unsere Redner und Vertrauensleute sind allein dazu da, für den Verband zu agitieren, nein, wenn diese allein agitieren sollen, dann wird es noch sehr lange dauern, bis der Verband ein Machtfaktor sein wird, mit welchem unsere Kapitalisten zu rechnen haben. (Sehr richtig! D. H.) Kameraden, die ihr mit uns in Arbeit steht, die ihr das allergrößte Interesse daran haben müßt, daß bald bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden, ihr müßt alle mitarbeiten zum Ausbau der Organisation; jeder muß Agitator sein, wenn auch nicht öffentlich, dann aber doch die Mannschaften leiten, das heißt, von Mund zu Mund überall, wo sich Gelegenheit bietet, agitieren.

Nach ist es von großer Wichtigkeit, daß man die gelehrten Zeitungen nicht gewirkt, sondern man bemüht dieselben zur Agitation. Wenn so alle Kameraden ihre Schuldigkeit thun und an dem Ausbau der Organisation helfen, dann wird auch unsere Arbeit reiche Früchte tragen. Daß die Mehrzahl der Kameraden bis jetzt ihre Schuldigkeit in diesem Sinne noch nicht gethan haben, das zeigt, daß es noch eine große Anzahl von Berg- und Hüttenarbeitern giebt, welche noch wärrer, oder aber herzlich wenig vom Bergarbeiterverband gehört haben. Die meisten Verbandsmitglieder haben es einfach nicht für ihre Pflicht gehalten, mitzuarbeiten zu ihrem eigenen Wohle.

Auf einen Punkt möchte ich noch ganz besonders aufmerksam machen: Beim Schichtwechsel, den Frühstücks- oder Mittagspausen, da fühlt man so recht den Bildungsgrad, wärrer die meisten Arbeiter heute leider noch besitzen. Da fallen die schälimsten Schimpfwörter, es werden gegenseitig Scheldtreden vorgelesen und faule Witze gerissen. Ferner wird den älteren ausgeleiteten Kameraden oft genug noch Faulheit vorgeworfen. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß alle Berg- und Hüttenarbeiter ihren Verstand zusammennehmen und sich ein jeder sagt: Das muß anders werden, das kann nicht so weiter fortgehen. Auch unter uns müssen die Reibereien endlich aufhören. Die Unternehmer haben allein den Nutzen von unserer Uneinigkeit.

Kameraden, ich trete nun mit der Bitte an euch heran: Benutzt eure Würrerstunden dazu, euch tüchtig auszubilden! Für wenig Geld stellt euch die geeignete Litteratur zu Gebote, wer diese sich beschaffen will, der wende sich nur an die Vertrauenspersonen, Woten oder nach Bochum an den Vorstand des Verbandes. Da wird auch nicht ein Einziger abgewiesen werden. Ich habe schon oft die Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wenn Arbeiter vor ihrem Vorgesetzten gestanden haben, daß die Leute oft ihre eigenen Vorgesetzten keine genügende Antwort geben können, oder ihre Wünsche und Beschwerden schlecht anbringen. Hauptsächlich ist das der Fall, wenn sie mit einem akademisch Gebildeten zu thun haben. Die Unterbeamten haben auch nicht das Pulver der Bildung erstanden.

Vor allen Dingen müssen sich die Verbandsmitglieder durch streng- und rechtliches Verhalten die Achtung ihrer Mitarbeiter erwerben, damit sie einen größeren Einfluß gewinnen und danach hinarbeiten können, das gegenseitig ein besseres Vertrauen platzgreift. Die Unternehmer haben immer viel Leute, welche tüchtig Geld verdienen, das wird ja schon in eurer Zeitung. Dies wird von den Beamten wohlweislich so gehandhabt, damit die Arbeiter nicht einig werden sollen. Dies muß den Arbeiter doppelt veranlassen, recht vorsichtig zu sein und nicht den Haß gegen diejenigen zu wenden, welche stets mehr verdienen. Es liegt die Schuld an dem verdamnten Altkorbhaken, die Beamten haben das größte Interesse daran, daß das Werk stets mehr und mehr abwärts geht; höher die Ueberschüsse, um so reichlicher die Gratifikationen und Launen. Man giebt ja auch schon den unteren Berg- und Fabrikarbeitern ein kleines Geschenk, damit sie die Arbeit tüchtig treiben zur Arbeit.

Kameraden, wenn ihr euch nicht energisch ansetzt zur Agitation und Organisation, so werdet ihr diesen Verhältnissen immer hallo gegenüberstehen. Eure Klagen in der Zeitung werden nichts helfen, so man wird euch immer noch schlechter behandeln. Kameraden und Freunde, ich hoffe, daß dieser Mahnung auf keinen unfruchtbaren Boden fallen wird. Auch die Berufsgruppen in den anderen Wärrer- hütten, dieses zu beherzigen. Alle leiden wir unter den gleichen Uebeln. Glückauf zur Besserung!

#### Ein Beitrag zur Nachmittagsdicht.

Fellhammer, 18. Januar 1899.

In Niederschlesien würde noch keine Spur von der Nachmittagsdicht vorhanden sein, wenn nicht ein Naturereignis im Jahre 1897, am 23. Juli, dazu Veranlassung gegeben hätte. Durch Niedergang eines wolkenbrüchigen Regens stauten sich die Wassermassen an einer Stelle, durchbrachen die Dämme, die nicht sehr stark war, mit Stürzen in die Tiefe, wodurch die Tiefbauhohe der Neu-Lässig Grube vollständig unter Wasser gesetzt und der Betrieb auf länger Zeit still gesetzt wurde. Die Betriebsleitung sah sich daher veranlaßt um die auf der Tiefbauhohe jetzt vorhandene Leute unterzu bringen — viele wanderten aus, eine Anzahl wurde auf der benachbarten zu demselben Werke gehörigen Grube untergebracht — der Oberbau stark zu belegen, und schien es daher zweckmäßig, mit der Nachmittagsdicht einen Versuch zu machen, welche bis heute bei gehalten ist.

In einer Vertrauensmännerung Anfang Januar 1897 theilt der Betriebsinspektor Kalkert den Leuten das Ergebnis dieser neuer Einwirkung mit und sagte, daß er mit der Leistung der Grube zufrieden sein könnte, nur die der Förderleute lasse immer noch zu wünschen übrig, und sollten die Häuer mit dazu beitragen, daß auch hier der Mangel gehoben werde. Wir wollten annehmen, daß inner halb eines Jahres auch hier eine Besserung eingetreten ist, so daß die Betriebsleitung keine Veranlassung haben dürfte, jemals wieder zu schuldigen Schicht zurückzukehren.

Was nun die Förderung anbelangt, so ist diese lebhaftig von der Förderungs-Betriebsleitung abhängig, z. B. von der Instandhaltung der Abbaufrecken, Bremsberge und Stollhöher. Allerdings kommt hier ein Faktor in Betracht, mit dem zu rechnen ist, und der immer vorhanden sein wird; das ist, in welchem Maße die Banabtheilungen mehr oder weniger starken Druck zu kämpfen haben, und ob sie viel Zimmerung erfordert. Hier stoßen wir auf einen wunden Punkt. Jeder Läger soll frohlich hauen und jeder Schlepper Rollen fahren nur vom Seiger wird verlangt, immer für die Zahl der zu leistenden Wärrer zu sorgen. „An sich“ läßt sich dagegen nicht einwenden, nur kommt es daher, daß die notwendige Zimmerung darunter leidet, und allzu oft sie ungenügend bemärrigt wird. Da nun aber die Zimmerung einschließlich des Holzverbrauchs die Produktionskosten wesentlich erhöhen, so wird hier möglichst gespart, wodurch die Arbeit der Förderleute nicht selten zu reinem Qual wird und das Tagespensum selbstredend vermindert, es erwächst also keinerlei Vortheil aus diesen „Sparen“. Man unterschätze doch nicht die Menschennatur, die Förderleute, in ihrer großen Mehrzahl meist jüngere Leute, sind durchweg bemüht, ein Tagespensum zur Zufriedenheit der Beamten (leider giebt es ein solches nicht) zu leisten; wie oft wird ihnen das aber unmöglich, weil die Wagen nicht fortzubringen sind! Sie schinden und quälen sich oft stundenlang ab, ohne Erfolg. Wohl ist der Aufseher auch dahinter her, ja, das muß nichts, es geht einfach nicht, daß gar keine Störungen vorkommen sollen, ist undenkbar. Dazu kommt noch, wenn sich die Leute unter solchen Umständen den ganzen Monat abgerackert haben, der lange Lohn.

Wenn irgend etwas für die praktische Durchführbarkeit der Nachmittagsdicht in Frage kommt, so ist es allein die tadellose Gangbarkeit des Betriebes, auf den wir im Vorstehenden hingewiesen haben, und die Bezahlung.

Wo der Arbeitstag in drei Arbeitsschichten eingetheilt ist, wird ein volles Drittel für die Zimmerung frei, diese kann dadurch intensiver und ökonomischer bewärrigt und die Förderung dann in vollem Umfange angenommen werden; es dürfte sich dann bald zeigen, nach dem die Leute sich ordentlich eingelebt haben, daß die Leistung, wenn sie keine Erhöhung erfährt, so doch zum Mindesten dieselbe bleibt.

Daß die Verkürzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden keinerlei Nachtheil für das Werk befürchten läßt, darüber sind wir keinen Augenblick im Zweifel. Welchen Vortheil sie aber für die Arbeiter im Besolge hat, darüber lassen wir einen englischen Unternehmer, Namens John Roe, selbst sprechen. Roe sagt: „Die kürzere Arbeitszeit hat jedes Volk, das sie einführt, zugleich gesünder, reicher, und weiser gemacht; und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden scheint, wenn ich so sagen darf, noch mehr Segen mit sich zu bringen, als die früheren.“ Weiter erklärt Roe, er habe die Verkürzung der Arbeitszeit seit einem halben Jahrhundert verfolgt, und während der ganzen Zeit hätten die englischen Arbeiter an Märrigkeit, Gesundheit, Intelligenz und Leistungsfähigkeit zugenommen. Dies bestätigt uns gerade Roe auch das, was wir bei der Knappschäftsältesten- Wärragitation in Bezug auf die Knappschäftsälteste hervorgehoben. Wir sagten damals: Wenn man das Gute wolle, müße man auch an der richtigen Stelle einsetzen, die Arbeitszeit müße auf ein Maß von 8 Stunden reduziert werden; dadurch würden die Arbeiter im Allgemeinen gesünder und weniger krank sein, die Knappschäftsälteste würde finanziell leistungsfähiger und die Benefizien könnten erhöht werden ohne Erhöhung der Beiträge.

Was sagt nun Herr Dr. Brunenberg dazu, der die Vertrauensmänner nicht länger dulden konnte, die nichts mehr und nichts weniger verteidigten, als was ein Unternehmer so warm beifürwortet, nämlich den Nachmittagsdicht? Kann das vielleicht als entschuldigend gelten, daß John Roe ein Engländer ist und wir doch in Preußen-Deutschland wohnen, und noch nicht so weit vorgefahren sind? Doch das deutsche Volk nennt sich das Volk der Denker, folglich können wir nicht hinter dem Irrenden zurückbleiben. Nein, ganz dieselben Erscheinungen, die Roe ein halbes Jahrhundert beobachtet hat, sind auch hier wahrzunehmen. Ein Vertrauensmann von der Friedenshoffnung-Grube sagte in der Sitzung im Oktober 1897, wo der Antrag auf















einen Begriff machen von den thätlich ärmlichen, kulturell zurückgebliebenen Dasein eines Bergarbeiters.

Im Jahre 1828 normierte die Bergverwaltung (damals Innoverbraunschweigisch) den Lohn der Volkshauer für fünf Schicht pro Woche auf 2 Thaler 8 Groschen bis 2 Thaler 10 Groschen. Biehl man den Geldwerth in Betracht, dann werden die Parzberger heute für 70 Jahren gerade so viel verdient haben wie heute.

Bis vor 1855 führten die Arbeiter nur fünf Tage in die Grube und lebten, wie uns alte Knappen erzählten, minderbekannt gerade so gut wie heute. Seitdem wurde zuerst der von alterher freie Samstagabend auch zur Grubenarbeit ausgenutzt, bis auf ärztlichen Rath (11 Wo sind heute diese Ärzte?) zur fünfjährigen Arbeitswoche zurückgeführt wurde. Aber nicht lange, dann gestattete der hochthätige Fiskus das Verfahren einer Uebersicht vom Freitag auf Samstag, was jetzt noch zum Theil geschieht. Im übrigen zählt heute die Arbeitswoche für den Parzger sechs Tage, ohne die üblichen Ueberschichten! Heute geht unser Parzger Kamerad mindestens 62 Tage im Jahre mehr zur Arbeit, wie vor 40 Jahren — und hat durchschnittlich weniger Jahresentkommen wie damals! So vergeht die Herrlichkeit des Knappenlebens.

Die Wohnverhältnisse der Hüttenarbeiter sind wohnhaft noch schlechter. Beschäftigt waren 1896/97 in der

Rothenhütte	228 Arbeiter	Oberharzer Hütten	782 Arbeiter
Verbacherhütte	145 "	Unterharzer "	561 "
Söllingerhütte	90 "		

Die Arbeiterzahl ist auch hier zurückgegangen, die Produktion aber bedeutend gestiegen. Produziert wurde Rotheisen, Gusswaren, Stabeisen und Eisenfabrikate, Stahl, Gold, Silber, Kupferblei, Steingläser, Kupfer, Zink, Eisenoxyd, Zinkoxyd, Kupferoxyd, Schwefelsäure, Schwefel, Glaubersalz, Drossalmei und Farben. Die Erzeugung war also sehr mannigfaltig und warf, wie wir schon sahen, Aecht guten Ueberflus ab.

Ueber die Lohnhöhe enthält der amtliche Bericht nichts. Dafür wissen wir aus dem Munde der Hüttenarbeiter selbst, daß sie auch trotz größerer Aufmerksamkeit mit Löhnen von 2 Mark durchschnittlich abgesehrt werden. Wenige Arbeiter verdienen mehr, vorkommen nur auf 1,50—1,80 Mark pro Schicht von 8 und 10 Stunden! Wir haben nicht die Schmelzer, Vorkäufer und Silberarbeiter gut bezahlt, dann sahe es mit dem Durchschnittslohn der Hüttenarbeiter gleich aus. Aber was hilft es schließlich der Masse, wenn einige wenige 6—7 Mark verdienen! Davon werden die meisten schlecht bezahlten nicht satt. Hervorheben muß man auch hier, daß ständig höhere Anforderungen an die Arbeiter gestellt werden, deren Befolgung einträglichen Accorablag pro Centner immer weiter verringert.

Es entstehen eigenartige Gefühle, wenn man überdenkt, wie die edlen Metalle, Gold und Silber, von den Arbeitern fertig zur Benutzung gemacht werden, draußen in der Welt den Luxus und die Verschwendung fördern, während der Erzeuger an dem thierischen Kaffe nebst Brodzulage sich seines Daseins — freit selbstverständlich.

Notorisch ist, daß die Parzger Berg- und Hüttenleute zu den am schlechtesten bezahlten deutschen Arbeitern gehören, die niedrigsten Löhne von allen deutschen Bergleuten in den namhaften Revieren erhalten sie sich. Das kann nicht lediglich an den rechnerischen Ergebnissen der Bergwerke liegen; haben doch nur die in der Staatshauptinspektion liegenden Bezirke, die Hütten sogar ziemlich hohe Löhne. Wird doch auch den Beamten ein Gehalt oder Lohn gezahlt, der höher ist, wie der, den ihre Kollegen in Bergrevieren beziehen, wo der Bergarbeiterlohn 25—30 pCt. höher ist wie der, den die Parzger Arbeiter erhalten. Durchschnittlich kam 1897 an Jahreslohn auf einen

Grubenbeamten im linksrheinischen Erzbergbau	12702 Mk.
" " Siegener	1242 "
" " Haller Braunkohlenbergbau	1422 "
" " Niederschl. Steinkohlenbergbau	1646 "
" " Rachenr	1767 "
" " Oberharzer Erzbergbau	1789 "

Weshalb kann man den Beamten besser bezahlen wie durchschnittlich sein Standeslohn steht, und weshalb erhalten die Bergarbeiter bis zu 50 pCt. weniger Lohn wie ihre Kameraden in den Revieren, wo die Beamten für etliche hundert Mark weniger Lohn amieren müßten, wie ihre Kollegen im Parzge? Nicht als ob wir den Lohn der Parzger Beamten zu hoch finden (wissen wir doch, daß auch hier die höheren Beamten so stark den Etat belasten), aber es hat keinen Sinn, den sehr niedrigen Bergmannslohn mit dem Pinweis auf das Grundertragsniveau zu begründen und dabei den Beamten weit über den Durchschnitt bezahlen. Der Bergarbeiter und Hüttenmann ist nicht verpflichtet, für die Sünden unserer Wirtschaftsweise und dann so stark zu büßen, wie es die Parzger Lohnstatistik ausweist. Es ist gewiss angemessen, ihnen Privilegien zu haben, aber muß dies dem der Arbeiter sein? Sollen sie sich nicht selber verdienen? Und doch büßt heute der Arbeiter für das, was er nicht gethan hat.

Wie erbärmlich lebt doch der Berg- und Hüttenarbeiter im Parzge. 1890 hat ein junger Sozialpolitiker, Herr Zolle, eine Untersuchung über die Ernährungsweise einer Parzger Bergmannsfamilie (Mann, Frau und 3 Kinder) angestellt. Die Leute hatten 3 B. ausgegeben, sie brauchten 66 Pfennig für das Mittagessen der Familie! Aber auch diese Gutsrechnung war noch zu hoch, Zolle fand, daß die betr. Familie jährlich 841 Mark 1 Pfennig brauchte, und davon erklärlich keine große Sprünge machen konnte. Nun betrug aber damals der Durchschnittslohn der ersten Lohnklasse nur 720 Mark und hatte so der Arbeiter jährlich ein Defizit von 121 Mark, trotz schwerer Arbeit! Aus dieser Probe ersieht man, wie herrlich das Bergmannsleben im Parzge ist.

Von 1890 bis heute ist der gesammte Durchschnittslohn um ganze 14 Mark pro Jahr gestiegen, die Lebensmittel dagegen, wie wir selbst zu unserm Leidwesen empfanden, bis zu 20 pCt. (s. B. Fleisch) theurer geworden.

Würde der Parzger nicht durch landwirtschaftliche Arbeit auf eigenen (gemieteten) oder fremden Acker, durch Vogelzucht (Amdenberger Kanarienvogel), Vermietung von Zimmern an Kutschknechte („Sommerfremde“) u. seinen Werkstoff aufzubehalten, hülflos nicht Frau und Kind unermüdet mit dem Haushaltsgeld beschaffen, dann hätte unser Kamerad nicht einmal das erbärmliche Leben führen, zu welchem er jetzt durch seinen niedrigen Lohn gezwungen ist.

Alle die Beihilfen haben aber nicht geholfen; der Lohn ist für den Parzger Berg- und Hüttenarbeiter so unzureichend geworden, daß er sich in seiner Noth an die Staatsregierung, sogar an den Kaiser (Frankf. Hg.) wendet um Hilfe. Es wird vergebens sein, nur eigene Kraft und bedächtige Entschlossenheit vermag zu helfen.

### Bei den Griffelmachern im Thüringer Walde

Es gab im Sonneberger Revier 1882 99 Griffelmacher, 1880 schon 169. Wie sollte es nun aber werden, wenn die bisherige Konfessionierung der Griffelmacher wegfiel und durch Einziehung fremder Kräfte die Konkurrenz unter den Griffelmachern noch vergrößert wurde? Zu dieser Sorge wandte man sich an die Regierung und, hat um Organisierung des Griffelmachergewerbes — aber ohne Erfolg. Da betrat die Arbeiter den Weg der Selbsthilfe. Schon 1880 war der Revier-Ausschuß gemacht worden, der zu einer Verbindung zu vereinigen. Ein 2. Mittel des gefassten Statuts lautete: Wird auf erfolgte Anzeige durch den Vorstand ernannt und entschieden, daß ein Verkäufer die Preise der Griffel ohne Noth herabdrückt, so werden die sämtlichen Vereinsmitglieder von dem Kaufmann abgewandt und zugleich bedeutet, innerhalb drei Monaten keine Griffel an diesen Verkäufer zu liefern. Wer dieser Bestimmung entgegenhandelt, fällt das erste Mal in eine Strafe von 3 fl. usw. Einen Preisatz steckte man jedoch nicht auf. Dieser Verein schloß ein. Erst im Jahre 1889, als die Griffelpreise wieder auf 10—20 kr. das Tausend gesunken, traten die Griffelmacher zu vier Genossenschaften in Steinach, Gafelbach, Gaafeuthal und Spechtbrunn zusammen. Der Geist Schlichte-Deilichschwebe über die Griffelmacher. Auf die Genossenschaftsperiode heute einzugehen, würde zu weit führen. Es sei nur gesagt, daß man die Griffelpreise bis 1873 auf 2 Mk. pro Tausend herausgezwungen hatte. Derselbe Zweck wie dieselben Mittel der englischen Gewerbetreibenden wurden Wuster der Griffelmacher, nur mit dem Unterschiede, daß es aus dem Fabrikwesen in England auf die Hausindustrie übertragen wurde. 1874 zählte die Steinacher Genossenschaft 130 Wuster auf 4 Wücher, die Gafelbacher 66 Wuster auf 2 Wücher, die (vereinigten) Gaafeuthal-Spechtbrunn 115 Wuster auf 2 Wücher. Zusammen 311 Wuster auf 14 Wücher. Jeder Griffelmacher verkaufte zwar auf eigene Rechnung an die Kaufleute, durfte aber nicht unter den Genossenschaftspreis hinabgehen. Da man sich einig blieb, so war die Zeit der Blüthe angebrochen. Die Preise hielten sich auf derselben Höhe von 2 Mk. Ich will bemerken, daß es ein Leichtes war, die Preise zu halten, da die Thüringische Griffelindustrie keine Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu befürchten hatte, weil anderweitig fast kein Griffelgeschloß, auch heute noch nicht, gefunden ist, außer im Kantone Glarus (Schweiz). Jedenfalls ist aber jene Produktion kaum als eine nennenswerthe zu betrachten.

Über es währte nicht lange und mit der Genossenschaft war es auf immer vorbei. Die Preise der Griffel lockte unternehmungslustige Privatleute heran. Ein Privatbruch that sich nach dem andern auf und der Konkurrenzkampf trat wieder an die Stelle des friedlichen Zusammenarbeitens. Nach einer Uebersicht, die F. Volkhardt, Bergassessor in Gräfenthal, angefertigt, entstanden Privatgriffelbrüche:

Jahr	Zahl der Privatgriffelbrüche	Durchschnittliche Belegung
1826	1	12 Mann
1872	3	42 "
1874	3	23 "
1875	5	35 "
1876	10	88 "
1878	3	13 "
1879	3	23 "
1880	4	9 "
Zusammen	32	245 Mann

Es standen im Jahre 1880 233 Mann Privatgriffelmachern 311 Genossenschaftler gegenüber.

Der Konkurrenzkampf tobte nun auf der ganzen Linie. So zügelte und tapfer sich auch die Genossenschaften hielten, es trat Ueberproduktion ein. Man mußte aussetzen, d. h. die Arbeit wochenlang einstellen und der Preis der Griffel fiel stetig, bis er 1880 wieder von 2 Mk auf 85—90 Pf. herabsank. Als Ueberrest ist bis heute noch eine Kolonne, die sich aber erst später gründete, und einen Bruch aus eigenen Mitteln ankaupte, bestehend aus 10 Griffelmachern, geblieben. Wie ich von einem der Beteiligten hörte, floriert man recht gut.

Als die größten Befürchter sind augenblicklich ein Rechtsanwält Mohr und der Fiskus in Meinungen zu betrachten. Diese haben das Erbe der Genossenschaften als Großindustrie übernommen. Aber auch zwischen diesen beiden tobt der Konkurrenzkampf mit seinen schlimmsten Auswüchsen. Als ich die dortigen Verhältnisse besuchte, wurde mir an jenen Vergraben eine in der Mitte durchgezogene Holzbrücke gezeigt, als krauses Beispiel der Konkurrenzfehde zwischen dem Privatbesitzer Mohr und dem Fiskus. Ich will dieses Detail unseren Lesern nicht vorenthalten, um zu zeigen, zu welchen Mitteln man greift, wenn es heißt, seinem geschäftlichen Gegenpartnern die Stirne zu bieten. Da die Sache auf dem Weimaringischen Landtag zur Sprache kam, so ist diese Angelegenheit auch leicht festzustellen. Herr Mohr besitzt einen Bruch mit einer dazu gehörigen Fläche Feld. Mitten durch dieses Feld geht ein schmaler fiskalischer Weg, der aber recht wenig benutzt wird. Um den Weg freizulassen, baute Mohr eine Holzbrücke in verächtlicher Höhe über den Weg zum andern Grundstück hinüber, um dort die verlassenen Bruchsteine aufzuschütten. Als die Arbeiter nun eines Morgens über die Brücke fahren wollten, fanden sie ein Stück Brücke von etwa 1 1/2—2 m in der Mitte herausgeschitten. Dieses, und das ist das Schlimmste, geschah während der Nacht! Den Auftrag, die Brücke zu durchschneiden, hatte nach Angabe der Fiskus erteilt! Daß dieses eine große Erregung unter den Arbeitern hervorrief, ist leicht denkbar, umso mehr, als auch Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden, da mit einem Male der Betrieb gestört war. Wäre Jemand behauptet, daß der Fiskus die Brücke deshalb abgebrochen habe, damit später die Bäume aufrecht durch die Brücke getragen werden könnten. Natürlich halte ich für solche Ansichten nur ein spätkritisches Schacheln, da die Zeit der Schildbürger denn doch vorbei sei.

Mohr wurde klagbar, schickte dann, unterstützt von Arbeitern, eine Petition zum Landtage, wurde aber mit seinem Ersuchen, die Brücke, die 1600 Mk. kostete, zu erneuern, abgewiesen. Der Abgeordnete Zeit erklärte im Landtage die Handlung Mohrs als einen Eingriff in die fremde Luftkühle. (1) Nachzutragen ist noch, daß der Zimmermeister, der die nächtliche Arbeit besorgt hatte, seitens des Fiskus eine Vobehaltung erhielt. Doch genug hiervon. Wer die Besche begehren muß, das ist immer der Arbeiter. Er spürt das nicht allein an einer ganzen Reihe von kleinen Unzuträglichkeiten, sondern er wird durch eine solche Fehde auch schwer geschädigt. Oftmals ist von den Vertretern der Arbeiter im Landtage verlangt worden, doch endlich einmal mit dem Privatbruchbesitzer Frieden zu schließen. Auch für die Unternehmer würde dieses von großem Nutzen sein. Wir haben schon erwähnt, daß die Griffelindustrie ihre einzige Bedeutung nur in Steinach und Umgebung hat. Die Unternehmer hätten es bei einer Vereinigung (Schließung eines Kartells u.) in der Hand, den Preis der Griffel auf dem Weltmarkt zu beherrschen, natürlich dürfte dieses nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen. Heute ist es anders. Wohl schwanken die Griffelpreise, aber den Ausfall der Gewinne, der durch die Konkurrenzfehde entsteht, hat der Arbeiter zu tragen. Er ist es, welcher aussetzen muß, sobald durch dieses müßte Ueberproduktion entsteht, oder es treten Verkürzungen der Arbeitszeit sowie Fallen der Löhne ein.

Dieser Zustand wird auf die Dauer unhaltbar sein. Als der Staat die Griffelbrüche auf seine eigene Rechnung übernahm oder dieselben verpachtete, versprach er alles zu thun, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Daß dieses nicht geschah, dafür zeugt ein ganzer Stoß von Eingaben, Petitionen (Abschriften derselben) u. die vor mir liegen. Welches Witten nach Besserung, welche Verzweiflung liest man nicht aus diesen Handchriften heraus. Gewiß haben die Arbeiter den Fiskus auf die Krebswunden hingewiesen und gesunde Vorschläge zu einer vernünftigen Produktionsweise vorgeschlagen. Ja, selbst die Regierung sieht es ein, daß die gegenseitige Fehde unter den Unternehmern und dem Fiskus aufhören muß, aber sie zweifelt an dem Entgegenkommen der Privatbruchbesitzer. Fragt man nun die Privatherrn um ihre Meinung, dann hört man das selbe über den Fiskus sagen. Mir dünkt, daß diese Leute erst dann Frieden schließen, bis einer der Konkurrenten auf der Strecke bleibt. Aber nicht, da man sich doch in der Hoffnung wiegt, endlich seinen Partner aus dem Felde zu schlagen, um die Griffelindustrie ganz in seinen Händen zu bekommen. Arme Arbeiter, die sich als Versuchsobjekte solcher Praktiken gebrauchen lassen müssen.

### Zur Reform der Berginspektion.

Herr Finanzminister Miquel sagte bei Vorlegung des Bergwerkssetzes im preussischen Abgeordnetenhaus, bezüglich der früheren Grubenkontrolle: „Meine Herren, es ist erwogen worden, ob gegenüber den Klagen, daß der Bergwerksbetrieb neuerdings mehr Unglücksfälle veranlasste als früher — was aber im wesentlichen an dem gesteigerten und vermehrten Bergwerksbetriebe wohl auch liegen wird — es nicht gerathen sei, eine schärfere Aufsicht über den Zustand der Bergwerke zu üben als bisher. Es sind da zwei Wege vorgeschlagen: Einsetzung von Arbeiterauswüchsen, welche diese Kontrollen selbständig führen sollen, wie solche in England, Frankreich, Belgien eingerichtet sind, oder die schärfere Aufsicht durch ganz objektive, unbeeinträchtigte Staatsbeamte. Es hat der Herr Handelsminister in dieser Beziehung in England, Frankreich und Belgien genaue Ermittlung anstellen lassen über die Wirksamkeit der Arbeiterauswüchsen, und der Minister hat daraus die Ansicht geschöpft, daß im großen Ganzen sie sich in diesen Ländern nicht bewährt haben (!!) Nun wollten wir statt deren zu diesem Behufe, so wenig sympathisch die ständig fortgehende Vermehrung der Beamten ist, den Revierbeamten solche Hilfsbeamte geben, die nun ständig und eingehend die Bergwerke kontrollieren und ihren Vorgesetzten berichten, die ihrerseits eben nicht die Zeit haben, in so kurzen Zeitperioden die Veränderungen, die doch in solchen Bergbetrieben stets vorkommen, genügend zu beobachten. Die Herren werden ja über das Prinzip, welches dieser ganzen Frage zu Grunde liegt, und über die Zweckmäßigkeit der Vorschläge demnächst eingehend beraten können.“

Also der Herr Handelsminister Miquel ist zu dem Schluß gekommen, daß in England, Frankreich und Belgien sich die Arbeiterkontrollen nicht bewährt hätten. Als was sollen sich denn diese Kontrollen bewähren? Doch wohl als Schützer des Arbeiterlebens vor den Betriebsgefahren durch scharfe Kontrolle der Befehlsbefolgung. Und wie steht es da mit den Unfällen?

	1896	1898	1897
Belgien	1,14	1,14	1,03
England	1,49	1,48	1,32
Preußen	2,540	2,677	2,363

Die Unfallziffer ist also bei uns mehr als doppelt so hoch wie in England und Belgien; sie nimmt dort ständig ab, was bei uns nicht der Fall ist. Die schon jetzt vorliegenden englischen Unfallziffern für 1898 lassen wiederum erkennen, daß hier die Zahl der tödlichen Unfälle bedeutend zurückging, während betamlich für den Märzbezirk beide Fisser von 2,28 auf 2,09 pro 1000 stieg! Und bei solchen Resultaten sollen sich die Arbeiterkontrollen nicht bewährt haben!!!

Was ist eigentlich ermittelt worden in England, Frankreich und Belgien? Dies sollte der Herr Minister klipp und klar sagen; was er als Resultat der Ermittlungen bietet, wird bei allen Kennern und bei vielen Laien Kopfschütteln erregen. Gewiß, bei der Ermittlung war kein Arbeiter zugezogen, dafür aber ein berufener Vertreter der Grubenbesitzer, Herr Bergassessor Pieper, Bochum.

Der freisinnige Berg gebiert ein Mäuselein! Nun haben wir den Stat der preussischen Berg- und Hüttenverwaltung in Händen und erfahren, daß in der That die ganze Reform der Grubenkontrolle sich auf die Neu-Ausstellung von 50 Beamten beschränkt, die „in Ulligemein dem Aufsichtspersonal der Staatsbergwerke zu entnehmen sein werden.“ (Seite 19 des Etats, Randbemerkung.)

Wer dies als Laie liest, muß einen heilloßen Respekt bekommen vor der Reformfähigkeit unserer Bergverwaltung. Leider sieht es in der Praxis nicht so schön aus.

Laut Gesetz sind die Direktoren der Staatswerke schon immer auch zugleich Revierbeamte gewesen (Art. 177. Berggesetz § 187. Erläuterung). Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes steht allerdings den speziellen Revierbeamten zu. Die staatlichen Revierbeamten hatten also schon für Befolgung der Befehle zu sorgen. Haben die fiskalischen Arbeiter, welche fast alle aus dem Stande der Kontrollbeamten hervorgingen, auch immer unter allen Umständen peinlichst genau die Schonung des lebenden Materials im Auge behalten?

Urtheile unsere Leser selbst. Wir sagen das Ergebnis der Unfallstatistik hierher: Von 100 tödlich verunglückten Steinkohlen-Bergleuten kamen zu:

	1896	1897
Stein- u. Kohlenfall	Stein- u. Kohlenfall	
D. B. Dortmund	33,92	25,70
D. B. Breslau	23,95	46,77
D. B. Loth	65,30	53,14

Man sieht, ein Drittel bis über die Hälfte der Todesfälle ereigneten sich durch Stein- und Kohlenfall. Und in den Staatswerken an der Saar kam diese Todesart doppelt so oft vor, wie in anderen Bezirken!!!

Der Stein oder die Kohle stürzt, wenn der Abbau nicht sorgfältig vor sich geht. Je häufiger, unüberlegter und angespannter gearbeitet wird, desto größer steigt die Gefahr des Massensturzes. Wo also die höchste Fisser der Todesfälle durch Massensturz sich ereignet, da werden am schlechtesten die bergpolizeilich erlassenen Schutzbestimmungen befolgt!

Man kann nicht sagen, daß der Saarbrücker Bergmann schnell wechelt oder ein besonders ungeschickter Arbeiter ist. Im Gegentheil haben die fiskalischen Saarbergwerke einen stabilen Beschäftigungsstand, die Bergleute sind dort von Kindesbeinen an im Beruf thätig. Und doch jene außerordentlich hohe Unglücksziffer!

Esse man nur nach, wie angespannt die Saarbrücker schaffen müssen, so arg, daß jenseitig Herr Verlesch selbst der dortigen Direktion den Rath gab, nicht auf Kosten der Arbeitergeundheit die Förderung so sehr zu beschleunigen! Das sagt genug!

Wir haben kein Vertrauen zu Kontrollbeamten, die in ihrem bisherigen Wirkungskreis keine Verminderung der Unfallziffer erzielen, deren Bezirke im Gegentheil an die Spitze kommen, wenn man die Unfälle zählt. Im Ganzen sollen 50 neue Revierbeamten, mit Gehältern von 1800—3400 Mark, angestellt werden für ganz Preußen. Also auf etwa 9000 Arbeiter soll ein Beamter kommen; wir fordern auf je 1000 einen Kontrollleur, und die „Reform“, welche uns geboten wird, nennen wir keine Reform!

Nicht eher, die Erfahrung lehrt es, wird der deutsche Knappe sein Leben möglichst geschützt wissen, als bis praktische Arbeiter, gewählt von der Belegschaft, ständig die Kontrolle ausüben.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die fiskalischen Gruben Preußens sollen laut Etat im laufenden Jahr 5244665 Mark an Ueberschüssen mehr bringen, wie früher. Im Vorjahr betrug der Ueberschuss 20333760 Mark! Von den veranschlagten Ueberschüssen sollen bringen die

	mehr gegen das Vorjahr	
Kohlenwerke	20683270 Mk.	4657840 Mk.
Salzwerke	2082050 "	169930 "
Erzbergwerke	1824740 "	364724 "

Die Arbeiter haben also hübsche Aussichten, sie dürfen weitere Millionen Ueberschüsse erschaffen. Die Verwaltung rechnet bei den Veranschlagungen mit weiteren Steigerungen der Produktionspreise.

	1899	1898
Kohlen in Ober-Schlesien	5,75—6,60	5,35—4,39
Kohlen in Saarbrücken	9,24	8,94
Salze in Staßfurt		
Kalifalze	16,51	11,27
Kaliprodukte	2,45	2,30
Steinsalz	1,44	1,41

Die Mehrausgaben an Löhnen für die Arbeiter in den fiskalischen Gruben, Hütten- und Salzwerken sind auf 4 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Sobald uns die Nachrichten des Bergwerks- und Hüttenbetriebes für das letzte Jahr vorliegen, dann werden wir die Verhältnisse der Arbeiter in den Staatswerken ausführlich besprechen.

Die anhaltischen Kohlenwerke in Frohe haben im letzten Jahre eine Einnahme von 2341000 Mk. gehabt, 31500 Mk. mehr, wie vorjährig. Wir hörten nicht, daß unsere Kameraden von dieser Mehreinnahme profitierten. Die schwer arbeitenden Aktionäre haben es auch nötig.

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Frage der Arbeiterunterstützung beschäftigt zur Zeit eine Anzahl deutscher Gewerkschaften, vor allen den Metallarbeiterverband. Es stehen sich zwei Richtungen gegenüber; die eine ist der Ansicht, daß Unterstützungsvereinigungen die Gewerkschaften verzwüpfen, die andere sagt, erst durch Gewährung der Unterstützungen würden die Verbände fähig zum Kampfe. In der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“ debattieren die Freunde und Gegner der Arbeiterunterstützung lebhaft. Dejung-Frankfurt a. M., der Hauptvorsitzende der Gegner, schrieb einen langen Artikel gegen den Antrag auf Einführung der Arbeiterunterstützung und wendete sich speziell gegen den Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes, der den betreffenden Antrag stellte. Alexander Schlacke (ein Bruder des früheren Rebellanten der „Vergarberzeitung“), der I. Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, tritt Dejung entgegen in einem überzeugend geschriebenen Artikel, der den armen Dejung, sonst ein braver Kerl, arg mitnimmt. Sehr beachtenswert auch für unsere Leser sind Schlackes Ausführungen über die Ursachen der unpraktischen Beitragszahlung. Er sagt:



Darum aber die Beiträge häufig gezahlt werden, erklärt der Vorstand mit dem Mangel eines geeigneten Bindemittels, mit dem Umstand, daß wir heute mehr und weniger berechnete Mitglieder haben. Wir haben heute die Wanderversicherung für diejenigen, die noch reifen können, wir haben Genossenschaftsunterstützung für diejenigen, die offenkundig gemindert worden, wir haben die Unterstützung nach § 20 für besondere Fälle der Noth für diejenigen, die sich nicht geniren, ihre Verhältnisse klar zu legen und dann auch für diejenigen, die es richtig verstehen. Für diejenigen aber, die dem Unternehmer ebenfalls der Organisation wegen mißfallen, die ihm aber keinen Anlaß geben, sie deswegen zu entlassen, sondern die aus anderen billigen Gründen, Mangel an Arbeit u. c. abgeworfen werden, haben wir Nichts! Das ist der Grund, warum die Beiträge so häufig gezahlt werden und warum die älteren, ortsfest sitzenden Mitglieder uns fern bleiben oder nur kommen, wenn sie uns brauchen. Der massenhafte Zustrom zur Organisation bei Streiks erfolgt doch nicht etwa bloß des Kampfes allein wegen, sondern wegen der Unterstützung, die die Verproviantirung der Streiter darstellt.

Dem Verbandsrat fehlt noch ein genügendes Bindemittel, darum laufen die Beiträge auch bei uns häufig ein.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ beschäftigt sich gleichfalls mit der Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung im Anschluß an eine Versicherung, die ein Metallarbeiter M. in Berlin in einer Rede über die Prinzipien des Klassenkampfes that. Der „C.“ sagt in seinem Artikel:

„Wenn es die Pflicht der Arbeiter ist, für die wirtschaftliche und politische Befreiung ihrer Klasse zu kämpfen, dann ist es die Pflicht aller, die Kampfbereiten zunächst dazu zu befähigen, d. h. ihnen Waffen und Munition zu liefern. In weiteren ist dafür zu sorgen, daß die Vermittelnden, die sich selbst nicht mehr zu helfen vermögen, die nötige Unterstützung erhalten. Ansonst ist jeder Kampf unmöglich. Die Praxis der Klassenkämpfe erheischt vor allem eine gute Bewaffnung und eine weitgehende Fürsorge für die Opfer des Kampfes. Weibes vermag M. den Kampfbereiten, um das „Prinzip“ nicht zu verwischen! Diese Phrase wird noch phrasenhafter, wenn wir berücksichtigen, daß die Klassenkämpfe sich vornehmlich in der Fabrik, in der Werkstätte abspielen. Wo bleibt der „Klassenkampf“, wenn die demütigendsten Fabrikordnungen (siehe neuerdings in Leipzig) unterworfen werden, wenn die brutallste Behandlung durch irgend einen Werksführer schweigend erduldet wird — und dies alles, weil im Widerstandsfalle der betreffende Arbeiter mit sammt seiner Familie allem Elende der Arbeitslosigkeit preisgegeben ist? Wenn man auf der einen Seite fortwährend in allen möglichen Schreckbildern das Elend und die Verzweiflung jener Familien, deren Ernährer von längerer Arbeitslosigkeit betroffen sind, ausmalte, in erschütternden Erzählungen den Arbeitslosen hinterm Meilenstein oder im Schnee verhungern oder ersrieren läßt, ihn dem Arbeitsnachweis überliefert oder auf den Schub gebracht sieht — ist es da nicht besser, dafür zu sorgen, an Stelle solcher verzweifelter Bilder einmal solche setzen zu können, wo der Ernährer einer Familie während der Arbeitslosigkeit durch eine entsprechende Unterfertigung seiner Organisation sich, seiner Familie, dem kämpfenden Proletariat und der Menschlichkeit erhalten bleibt? Zudem man auf der einen Seite die dumpe Verzweiflung nicht, vermagt man auf der andern dem Gebrieten jede hoffnungsvolle Ansicht, raubt ihm den so nötigen Glauben an sich selbst und seine Klasse, füttert ihn lediglich mit einer beifenden Satyre auf die heutigen Verhältnisse ab — und das sollen dann die „Prinzipien des Klassenkampfes“ sein!“

Wir unterschreiben vollständig diese Ausführungen. Auch wir sind der Ansicht, daß der Kampfcharakter der Arbeiterverbände nicht abgeschwächt wird, wenn Einrichtungen getroffen werden, die das Auswandelndlaufen der Mitglieder beim ersten Schreckschuß verhindern.

In den Konferenzen der Metallarbeiter von Rheinland, Westfalen, Schleswig und Pommern hat denn auch die Mehrzahl der Delegirten sich für die Arbeitslosenunterstützung erklärt. In Mainz und Karlsruhe stimmte man gegen sie. Der Ausbau der Verbände in der angegebenen Richtung gewinnt also immer mehr Anklang, zum Wohle der Gewerkschaften.

### Internationale Rundschau.

Ueber den Bergbau Englands im Jahre 1898 schreibt uns unser englischer Korrespondent: Tödliche Unglücksfälle in und bei Minen, Stein- und Kohlenbrüchen u. c. sind im Jahre 1898 nach den vorläufigen Feststellungen des statistischen Amtes im vereinigten Königreiche 1066 vorgekommen, wovon sich 900 in und bei Kohlenminen, 33 in oder bei metallischen Minen und 133 in oder bei Brüchen ereigneten. Tode in den Kohlen- und Erzminen hat es, soweit aus dem gegenwärtigen Bericht zu erhellen ist, in 1898 weniger gegeben als in einem der vorhergehenden 25 Jahre. Die folgende Tafel gruppiert die Unfälle nach ihren Ursachen und giebt für Minen und Brüche getrennt die Zahl der Tode in jedem der letzten drei Jahre an; bei den Minen ist auch der Durchschnitt für die fünf vorhergehenden Jahre angeführt.

Minen.	1898	1897	1896	Durchschnitt von 1891—95
Untertidisch.				
Erlöschung von schlagenden Wittern oder Kohlenstaub	27	19	173	141
Einführung und Zusammenbruch von Unfallsfällen in Schächten	447	490	499	458
Andere untertidische Vorfälle	65	59	79	111
Berfläche	260	307	244	270
	134	104	180	123
<b>Total</b>	<b>938</b>	<b>874</b>	<b>1080</b>	<b>1103</b>
Steinbrüche.				
Innenhalb der Brüche	2	95	90	—
Außenhalb der Brüche	34	80	94	—
<b>Total</b>	<b>137</b>	<b>175</b>	<b>184</b>	—
<b>Total in Minen und Brüchen</b>	<b>1066</b>	<b>1102</b>	<b>1264</b>	

Die Gesamtzahl der in 1898 Beschäftigten ist noch nicht publizirt. In 1897 waren 728713 Personen in Minen und 123370 in Brüchen beschäftigt.

Im Dezember 1898 sind von 5294303 Beschäftigten

	lediglich	schwer
	erunglückt:	verletzt:
im Eisenbahndienst	63	1231
in Minen	77	424
in Brüchen (über 20 Fuß tief)	8	107
bei der Schiffahrt	250	—
in Fabriken	71	5151
<b>Zusammen</b>	<b>461</b>	<b>7126</b>

Nach letzterer Zusammenstellung hat es auf 11488 Beschäftigte zum Tode gegeben, im Vergleich zu den deutschen Unfallziffern unserer Zeit, was ein günstiges Verhältnis. Auch die angeführte Statistik für Italien und Schweden ist der beste Beweis dafür, daß sich in diesen gefährlichen Berufen in der Unfallsziffer zum Vorne wendet, obgleich die Zahl der Beschäftigten fortwährend steigt.

Durch den Anstieg der Löhne resp. durch das Steigen derselben ist besonders auch die Kohlenindustrie beunruhigt worden. 653 000 Personen dieser Industrie, 96 pCt. aller Beschäftigten, erlangten eine wöchentliche Aufbesserung von 55 840 Pfd. Sterl. (ca. 1 061 500 Mt.) oder 1 sh 3 d (12 Pfd. Sterl.) pro Kopf. 12 000 Personen in anderen Minen und Brüchen, 8 pCt. aller Beschäftigten, erlangten eine wöchentliche Aufbesserung von 910 Pfd. Sterl. oder 1 sh 6 d pro Kopf. Wertenswerth ist das Steigen der Löhne in der Schieferindustrie, die wöchentliche Bezahlung ergibt, daß sie 72 pCt. der Totalsumme beträgt, an welcher alle Gewerkschaften Theil gehabt haben. Die Steigerung der Löhne hat in zwei Internationalländern stattgefunden im Mai und Oktober, was folgende Tafel beweist:

Hauptfachliche Kohlenbezirke.	Zahl der betroffenen Bergleute	Procente der Löhne über den Standpunkt des betr. Jahres (variirt in den verschiedenen Distrikten)		Datum der Lohnerhöhung
		Anfang 1898	Ende 1898	
Northumberland . . . . .	80,000	6 1/2	18 1/2	April und September
Durham . . . . .	100,000	17 1/2	25	Mai und November
Vereinigte Distrikte (Nords., Sids., und Midlands.) . . . . .	285,000	80	92 1/2	Oktober
Südwests und Monmouth . . . . .	120,000	11 1/2	20	Febr., Sept., Dezember
West-Schottland . . . . .	50,000	11 1/2	50	April, August
Fife und Clackmannan . . . . .	10,000	12 1/2	42 1/2	Mai u. Sept.

Die höchste Steigerung der Löhne ist in Schottland zu beobachten gewesen, sie wird auf über 25000 Pfd. Sterl. pro Woche geschätzt.

Aber neben der bemerkenswerthen Steigerung der Bergarbeiterlöhne sind auch die Löhne in der Metall- und Maschinenbauindustrie fortgesetzt, in manchen Gewerben seit 1896, gestiegen. Ebenso sind die Löhne der Bauarbeiter seit einigen Jahren fortwährend erhöht worden. Abgesehen von den Südwaleser Bergleuten, ist es bemerkenswerth, daß der Wechsel der Löhne und das Steigen derselben durch Streiktheorien, welche Arbeitsstellen herbeiführten, nur 50 000 Männer von 990 000 Arbeitern, welche Lohnerhöhungen erzielten, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ungefähr 161 000 Arbeiter erhielten Aufbesserung durch das automatische Wirken von 14 gleitenden Lohnskalen und 45 000 Personen erzielten Erfolge durch 13 Lohn- und Einigungsämter.

Das Steigen der Löhne ist besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie von dem Verkaufspreis der Produkte abhängig. In Northumberland sind die Preise aller Sorten von Kohlen vom Schachte weg seit September bis November 1897 bis zu demselben Zeitraum in 1898 von 5 sh 4 3/4 d per Tonne auf 6 sh 9 3/4 d gestiegen; in Südwests und Monmouth von 9 auf 10 sh. Das Kohlen in Cumberland stieg von 48 sh 0 81 d auf 66 sh 7 5/8 d, demnach um 8 sh 6 7/8 d, in Cleveland von 40 sh 9 9/8 d auf 42 sh 5 1/2 d. Das Manufakturweizen in Nordengland von 102 sh 6 1/2 d auf 106 sh 5 2/5 d, in Midland von 120 sh 9 2/4 d auf 121 sh 10 6/8 d. Hervorzuheben ist noch, daß die Steigerung der Bergarbeiterlöhne in England keineswegs auf Kosten verlängerter Arbeitszeit und Ueberanstrengung der Leute geschehen ist, wie in Deutschland, sondern, daß im Gegentheil die regelmäßige Schicht eingehalten wird, die in einigen Distrikten wenigstens für die Männer schon unter 8 Stunden beträgt, für die Lagerarbeiter gewöhnlich nur 10 Stunden. Dabei sind aber auch noch viel Feiertagen eingelegt worden, es geschieht dies in vielen Distrikten mit Einverständnis der Arbeiter, die dadurch der Ueberproduktion steuern und die Kohlenpreise auf der Höhe erhalten resp. ihre Steigerung befördern wollen. So sind z. B. nach den Berichten vor Gruben, die zusammen ca. eine halbe Million Arbeiter beschäftigen, im Monat Dezember durchschnittlich nur 5,64 Tage pro Woche gearbeitet worden, gegen 5,46 Tage im November. Das ist die höchste Ziffer, bemerkt der amtliche Bericht, in den 5 Jahren, seit diese Statistik aufgenommen wird.

(Bei uns rechnen die Bergleute ganz anders, die verfahren öfters in einer Woche 10 Schichten und wenn das Jahr nur ist, rechnet ihnen der amtliche Bericht noch vor, um wie viel Pfennige sich der Lohn wieder gehoben hat. Der Bergmann greift dann verzweifelt in die Tasche, er hat genau so viel darin, wie am Beginn des Jahres, nämlich nichts, nur seine Kräfte fühlt er schwinden, die er bei der mühseligen langen Arbeitszeit tüchtig strapazirt hat. Die englischen Unternehmer gewöhnen sich immer mehr daran, mit ihren Arbeitern zu unterhandeln und entstehende Differenzen gütlich auszugleichen, denn sie wissen, wenn sie das nicht thun, werden der heimischen Industrie durch langwierige erbitterte Kämpfe schwere Wunden geschlagen, die wie bei dem Südwaleser Bergarbeiterstreik, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer recht hart empfinden und der fremden Konkurrenz Thür und Thor öffnen.)

Friedliche Unterhandlungen mit den Arbeitern zu pflegen, wenn für letztere der Druck untraglich wird und sie an den Erträgen der Industrie auch ihren bescheidenen Theil haben wollen, dazu können sich unsere Unternehmer noch nicht verstehen, die Rippenritzung der Bergleute und die geringe Zahl der Organisirten wissen sie recht gut für Verfolgung ihrer egoistischen Pläne und die Vertheidigung ihrer materiellen Interessen auszunutzen. Nur eine starke und in ihren Zielen einige Organisation wird ihnen inspannen und im Stande sein, erträglichere Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der Letzteren herbeizuführen. (Anmerkung der Redaktion der Bergarbeitg.)

**Japanische Arbeiterbewegung.** Der Eisenerbeiterverband in Japan hatte Ende 1898 3000 Mitglieder. Europäische Zivilisation hält ihren Einzug in Japan. Die Handelskammer in Tokio hat eine Resolution angenommen, in der sie sich gegen die Forderung der 10stündigen Arbeitszeit in den Fabriken wendet, da diese unnötig sei und auf Handel und Verkehr fördernd wirke. Man sieht, Japan lernt nicht nur in Sachen des Militarismus, sondern auch in punkto Bekämpfung der Arbeiterbewegung von uns.

### Verbandsnachrichten.

#### Am 1. März ist Jahresabschluss!

Wir schließen also diesmal schon nach 11 Monaten unsere Jahresrechnung, um eine bessere Handhabung der Geschäfte zu ermöglichen. Wir bitten nun alle Kameraden, bis zum 1. März alle Rückstände an Beiträgen, Delegationsmarken und Extraktoren zu bezahlen, damit wir eine vollständige Abrechnung vorlegen können. Jeder Vertrauensmann und Kamerad muß beschriftet sein, die Geschäftsführung immer geordneter zu machen durch pünktliche, monatliche Bezahlung der Beiträge. Dann steigt auch weiter das Vertrauen der Masse zum Verbandsrat. Sorge also jeder für nötige Ordnung seiner Verpflichtungen, um so mehr, da zweifellos die Haller Generalversammlung irgend eine Unterfertigungssumme für Mitglieder ausmerzen wird, die pünktlich ihren Verpflichtungen nachkommen. Wir hoffen dieser Aufruf genügt; kein einziger Ort darf in der Abrechnung fehlen oder nur theilweise obgerechnet haben. Mit kameradschaftlichen Glück auf

Der Vorstand.  
J. M. G. Müller.

**An die Vertrauensmänner und Boten!**  
Die Privatabonnenten bezahlen monatlich 40 Pfd. Der Botenlohn ist hiermit einbezogen.

Der Vorstand.

In der Abrechnung muß es unter Bruch-Sozialmark heißen: Beiträge 59,68 Mt., Extraktoren 25,— Mt., Neupoderichau Extraktoren 10 Mt.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

**Bohum.** Die Arbeiter im Wahlkreise Bohum, namentlich die organisirten Bergleute haben zwar das „**Bohumer Volksblatt**“ geschaffen, damit es die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Industriearbeiter dieses Bezirkes ans Tageslicht ziehen soll. Aber der Andrath Quandel und August Brast hat nicht genug die Organisation der Bergleute und ihre Leitung heruntergesetzt, sondern magte das die Redaktion des „**Volksblattes**“ ihnen zur Hilfe eilen. Das geschieht denn auch schon voriger Nr. d. Bl. stellen wir fest, daß das „**Bohumer Volksblatt**“ abgesehen von uns es gar nicht an-

griffen, uns anseht, weil wir die Feindfreunde zurechneten. Erst am die vorige Nummer dieses Blattes fertig gestellt war, erhielten wir durch einen Kameraden die Nummer des „**Bohumer Volksblattes**“ vom Mittwoch, den 4. Januar zugelegt. Wir drucken aus dieser Nr. nachgehenden, von uns leider damals übersehenen Gruß einer bergmannsähnlichen Seele ab. Also das sozialdemokratische Organ schreibt:

Wir gestehen offen, daß uns der Delegiertentag der Ruhrberg- und Eisenindustrie überaus hat, daß uns die Art, wie man eine solche Lohnbewegung zu Grabe trug, nach keiner Seite hin befreit. Seit Monaten sind die Delegirten der Ruhrregion in Aufregung. Massenversammlungen fordern 10 Prozent Lohnerhöhung, der Verband organisiert den Sicherheitsdienst und dann gar der kräftige Berg ein Mänslein: eine Resolution, die gar nichts Befragt. Es wird in der Resolution betont: Ihr Grubenbesitzer seid ungehörig! Und darum wollen wir mit Euch Dehern nicht zu thun haben. Punktum. Diese Resolution wird angenommen nach einem Referat, in dem die wirtschaftliche Lage nicht nur genau in den, sondern schwarz in schwarz geschildert wird, soweit die Zukunft in Betracht kommt. Der Krach, der große Krach, der nahe herbeistehende große Krach, wir wollen ihn nicht herbeiführen helfen, wir sind nicht antinational. Eine Rede, die den erbitterten Gegner der Arbeiter, Herrn Rudolph Quandel, zu einem schwingvollen Lobgesang auf den Referenten begeisterte. Ein sonderbares Ende der Lohnbewegung. Das sonderbarste an dieser von den Arbeitern gegebenen Begründung ist, daß sie den Arbeitern von den Werksbesitzern für eine ganze Reihe von Jahren vorgelegt werden kann, wenn die Arbeiter eine allgemeine Lohnerhöhung fordern. Dem kommenden Krach, der nach unserer Meinung so rasch noch nicht kommen wird, gehen wir entgegen, wir entfernen uns nicht von ihm! Heute sind es die Bergleute, die den Krach an die Wand mahlen, in Zukunft merden die Werksbesitzer thun. Mit dieser tröstlichen Begründung ihrer Resolution haben sich die Bergleute auf lange Zeit hinaus die Hände gebunden. Wir geben gerne zu, daß die Verbandsteitung nicht daran schuld ist, daß die Lohnerhöhung nicht die nötige Beachtung seitens der Grubenbesitzer fand. Wenn sich die Bergleute dafür bedanken wollen, müssen sie sich an den Vorstand des christlichen Gewerksvereins wenden, denn der trägt die volle Schuld. Seine verrätherische Handlungsweise hat die volle Schuld. Seine verrätherische Handlungsweise hat die Bewegung zertrümmert und die Werksbesitzer zu Herren der Situation gemacht. Aber der gemachte Rückzug ist kein ehrenvoller, so „**vollständiger**“ wirtschaftswissenschaftlich“ er vielleicht sein mag. Es liegt uns fern, den Streik beizurufen, wir wollen, wir wissen zudem genau, daß zur Zeit thatsächlich keine Streikluft besteht und was doch geglaubt hat, der ist durch den Delegiertentag eines besseren belehrt worden. Aber man hätte versuchen sollen, die Werksbesitzer daran zu gewöhnen, die von den Bergleuten Beauftragten auch wirklich als die Vertreter der Arbeiter zu behandeln. Das skandalöse Verhalten der Grubenbarone, für die die in Massenversammlungen gewählten Vertreter der Arbeiter einfach Luft waren, muß einem gesitteteren Auftreten Platz machen. Das geschieht aber nicht durch mit Grobheit verbundenem Rückzug vom Kampfplatz. Es ist sicher, daß die Werksbesitzer in Zukunft keine Forderungen der Arbeiter beantworten werden, wissen sie doch jetzt, daß dann die Arbeiter zwar grob werden, aber mit der Faust in der Tasche sich zufrieden geben. Eine sonderbare Taktik zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Kurz, der Delegiertentag hat, wie ein bürgerliches Blatt schrieb, der Lohnbewegung ein Begräbnis zweiter Klasse bereitet, er war kein Beweis einer kraftvollen und energischen Arbeiterbewegung, ebensowenig wie die Resolution und deren Begründung ein tatsächliches Meisterstück waren. Wir verstehen den Lobgefang der bürgerlichen Mütter, verstehen auch, warum die Werksbesitzer so höflichsvoll in die Zukunft blicken, hat ihnen doch der Delegiertentag das beste Menjagsgeschenk gebracht, den Bericht auf erhöhte Bergarbeiterlöhne.

Von Dortmund der Kameraden erfahren wir, daß die „**Arbeiter-Ztg.**“ denselben Artikel brachte. Dieses Blatt und seine Leitung ist gewiss bekannt in den Arbeiterkreisen, als daß wir es nötig hätten, uns gegen jenes „**Arbeiterorgan**“ zu wenden. — Sogar von ganz unbefangener Seite wurde uns gesagt: „**Aus diesem Artikel des „Volksblattes**“ wurde guckt der persönliche Gaf gegen die Verbandsleitung heraus.“ Uns schien es auch so, denn kein sachlicher Grund liegt vor, in so häßlicher Weise über den Delegiertentag und seine Redner zu schreiben. Referate und Resolution waren vorher vom Vorstande gepflichtet und gutgeheißen. Im Vorstand sitzen Leute, die schon für die Interessen ihres Berufes kämpfen, als die Kritiker am „**Volksblatt**“ noch nicht wissen konnten, was Leben heißt. Es gehören Leute zum Vorstand, die beständig zur Grube gehen und die Entwicklung der Verhältnisse praktisch verfolgen. Dann entscheiden die 116 Delegirte einstimmig sich für die Resolution und das Referat, und nun kommt ein „**Jemand**“ im „**Volksblatt**“ her, spöttelt über die Beschlüsse, ja, behauptet sogar, der Delegiertentag habe den Werksbesitzern Waffen geliefert, die Delegirten hätten auf höhere Löhne verzichtet. Das ist ein starkes Stück, noch stärker, weil ein Blatt so schreibt, das seine Existenz vornehmlich den Lesern verdankt, die es hinfort als große Waschlappen. Ja, wenn nur gezeigt würde, wie nach Meinung der Redaktion des „**Volksblattes**“ ohne Streik einer „**energischen**“ und kraftvollen Arbeiterbewegung „**Anerkennung**“ verschafft würde! Aber bei der Phrase bleibt es: man giebt sich „**rabotables**“ Ansehen aber sonst nichts. Wenn nun den klüglichen stümperhaften Bericht, den das „**Volksblatt**“ vom dem Delegiertentag brachte, gelesen hat, der wundern sich über den obigen Artikel nicht mehr. Der Berichtestatter hatte offensichtlich gar nicht den Ausführungen der Redner folgen können, denn was er brachte, war ein zusammenhangloses Gemengsel von unverständlichen volkswirtschaftlichen und taktischen Redensarten. Und nun, wo der famose „**Journalist**“ selbst nichts versteht von Fragen der Arbeiterbewegung, unterschreibt er dem Referenten das konfuseste Zeug. So ist es auch erklärlich, daß man sich auf Quandel beruft, denselben Quandel, der heute uns als Vaterlandsfeind beschimpft, morgen dafür uns als „**Nationaler**“ feiert und übermorgen wieder unsere „**Internationalismus**“ schrecklich findet. Die Berufung auf Quandel ist so bezeichnend für den Mangel sachlicher Gründe, für den Ueberfluß persönlicher Gehässigkeit der Leute am „**Volksblatt**“, daß wir mit diesem einen genug haben. Unseren Lesern wollen wir mittheilen, daß die bedeutendsten Arbeiterblätter, politische wie gewerkschaftliche, berichteten über den Delegiertentag, aber nicht eines fand an dem Verkauf und Beschluß prinzipiell und taktisch etwas anzufassen! Dies konnten nur die „**Arbeiterzeitung**“ und das „**Volksblatt**“. — Aber wir haben nicht das Recht, deren Kritik zu verbieten und thun dies auch nicht. Mögen die Leutchen nur weiter gegen die Leitung des Verbandes öffentlich und in geheimen Konventikeln mühlen (will man dafür Beweise?), wir führen uns an dem Beschluß nicht, schreiben, ambeirt von parteipolitischen Erwägungen, wie bisher vorwärts und weisen Unberufenen die Thür, wie es schon öfter deutlich geschah. Aber das Recht der Kritik wollen wir jetzt auch ausüben. Die Herren am „**Volksblatt**“ bemängeln die Leitung des Verbandes, wir wollen die redaktionelle Leitung jenes Blattes einmal erörtern. Das „**Volksblatt**“ soll zur Aufklärung der wirtschaftspolitischen Misere dienen in seinem Verbreitungsbezirk. Nun giebt es aber kaum ein Mittelblättchen an der Ruhr, von dem so wenig originales, thatsächliches Material zur Erforschung der sozialen Verhältnisse im Ruhrbezirk geboten wird, wie von dem täglich erscheinenden „**Volksblatt**“. Wir haben schon in einer ganzen Woche keinen einzigen originalen Artikel im „**Volksblatt**“, gefunden, der Mißstände auf den hiesigen Fabriken oder Gruben behandelte. Man fällt über die Uebelstände gewerbetechnischer und hygienischer Natur in unserer Industrie, das „**Volksblatt**“ fällt aber seine Spalten mit denen Streitereien mit den persönlichen Gegnern. Die Berichte der Gewerberäthe, Handelskammern, Krankenkassen u. c. im engeren Bohum- r Bezirk liefern eine Fülle wichtigen Materials, in dazu berufenen Arbeiterblatt merkt man davon nichts, dafür futtert das „**Volksblatt**“ seine Leser mit langen Artikeln über — „**Kreta** und „**Ungarn**. Die hiesigen „**unparteiischen**“ Zeitungen können nur so verbreitet sein zum Schaden des Volkes, weil an dem „**Volksblatt**“ Leute sitzen, die kein Verständnis für ihre soziale Aufgabe haben, deren Schreibereien oft so konfus sind, daß nur Mitleid uns abhilt, zugunsten. Quandel — eine Liebe ist der andern werth! — hat wenigstens noch etwas originelles in seiner Schreibweise, am „**Volksblatt**“ ist nichts originelles, — alles ledern







